

Wilhelm Keil

Sozialdemokratischer Parlamentarier aus Ludwigsburg an den Wendepunkten deutscher Geschichte*

von Jürgen Mittag

Der »vergessene« Parlamentarier

Wer heute über die »Wilhelm-Keil-Straße« in Ludwigsburg geht und Passanten nach deren Namensgeber fragt, erhält in der Regel nur ein verständnisloses Schulterzucken zur Antwort. Selbst in historischen Fachkreisen ist Wilhelm Keil zumeist nur ausgewiesenen Experten zur Geschichte der Arbeiterbewegung noch ein Begriff.¹ Finden sich auch unter den deutschen Abgeordneten nicht wenige zu Unrecht in der Erinnerung verblasste Parlamentarier, so sticht das Vergessen im Falle Keils insbesondere hervor, da seine politische Karriere eine Ausnahmerecheinung in der deutschen Parlamentarismusgeschichte bildet. Unter den gewählten deutschen Abgeordneten des 20. Jahrhunderts gibt es wohl kaum einen Parlamentarier, der gleichermaßen lange und einflussreich wie Wilhelm Keil sein Mandat ausübte und zugleich der Nachwelt dermaßen unbekannt ist.²

Annähernd 40 Jahre auf (baden-)württembergischer Landesebene und parallel hierzu über 20 Jahre auf Reichsebene gehörte Keil – über alle Systembrüche hinweg – vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik deutschen Volksvertretungen an. Eine Zeitspanne, die zwar schon an sich beeindruckend anmutet, aber erst dann richtig in ihrer Bedeutung deutlich wird, wenn man berücksichtigt, dass Keil kein parlamentarischer Mitläufer oder Hinterbänkler war, sondern sowohl in Württemberg als auch auf Reichsebene zu den Spitzen von Fraktion und Parlament zählte. Willy Brandt charakterisierte ihn vor diesem Hintergrund sogar als »Nestor der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Parlamentarier«.³

Als Finanz- und Steuerexperte zählte Keil über Jahrzehnte zu den führenden Reichstagsabgeordneten. Er selbst verwies darauf, dass in der Zeit zwischen 1915 und 1932 kein wichtiges Steuergesetz vom Reichstag verabschiedet wurde, an dem er nicht mitgearbeitet habe.⁴ Oftmals war es Wilhelm Keil, der bei politisch wichtigen Ereignissen die Hauptrede für die Sozialdemokratie im Reichstag hielt. So war er der erste sozialdemokratische Redner überhaupt, der in der Weimarer Republik für die SPD-Fraktion sprach. Und er war auch der Abgeordnete, der nach dem Bruch der »Großen Koalition« 1930 Heinrich Brüning davor warnte, mit Hilfe der Notverordnungen des Artikels 48 der Reichsverfassung zu regieren. Schließlich zählte Keil auch zu jenen Politikern der ersten deutschen Republik, die immer wieder für Ministerämter vorgeschlagen wurden. Mit Ausnahme eines kurzen Zwischenspiels als Arbeits- und Ernährungsminister in Württemberg (November 1921 bis Juni 1923)

* Überarbeitete und um die Anmerkungen erweiterte Fassung des am 14. November 2002 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

lehnte Keil jedoch alle gouvernementalen Verpflichtungen kategorisch ab und blieb in erster Linie Parlamentarier. Daneben kommentierte er als Chefredakteur der wichtigen südwestdeutschen Parteizeitung, der Stuttgarter »Schwäbischen Tagwacht«, jahrzehntelang das politische Zeitgeschehen.

Wer war nun dieser Wilhelm Keil? Was sind die wichtigsten Stationen seiner Biographie? Warum verzichtete er so häufig auf Ministerehren? Und was leistete er in seiner langen Parlamentstätigkeit, dass ihn ein Parlamentskollege noch zu Lebzeiten mit den Worten bedachte: »Es ist wohl selten einem Menschen in der Geschichte beschieden gewesen, so vielgestaltige und wechselvolle Schicksale seines Volkes durch beinahe zwei Generationen hindurch an vorderster Stelle mitzuerleben und entscheidend zu beeinflussen.«⁵ Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden, indem das politische Leben Wilhelm Keils in grober chronologischer Abfolge nachgezeichnet wird, um abschließend seine beiden zentralen Handlungsfelder – Parlamentarismus und Partei – einer zusammenfassenden Betrachtung zu unterziehen.

Die späte Politisierung

Geboren wurde Wilhelm Keil am 24. Juli 1870 im nordhessischen Helsa. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er in einem betont behüteten, fast kleinbürgerlich anmutenden Umfeld, in dem er – im Gegensatz zu zahlreichen anderen Arbeiterführern – kaum unter ärmlichen Verhältnissen und proletarischen Einschränkungen zu leiden hatte. Geprägt war seine Kindheit von den dörflichen Strukturen seiner weltabgeschiedenen gelegenen Heimatgemeinde Helsa und vom disziplinierten Arbeitsethos seiner Eltern. Nach seinem Volksschulabschluss verließ Keil im Alter von 13 Jahren sein Elternhaus und siedelte in das nahe gelegene Kassel über, um dort das Drechslerhandwerk zu lernen. Gelegenheit zur geistigen Weiterbildung blieb ihm während dieser Lehrjahre ebenso wenig wie Zeit für eine Beschäftigung mit der Politik. Angesichts der Tatsache, dass Keil bis zu seinem 17. Lebensjahr nur ein einziges Buch gelesen hatte – einen Roman über den Räuberhauptmann Schinderhannes –, sprach nichts für eine spätere politische Karriere Keils.

Sein erster Kontakt mit der Politik erfolgte erst nach Beendigung der Lehre. Keil folgte alter Handwerkstradition und einem ausgeprägten Reisedrang. Er ging – inzwischen fast 18-jährig – »auf die Walz« und sah sich dort erstmals mit der Gedankenwelt der Arbeiterbewegung konfrontiert. Durch eine Rede Carl Legiens – der später als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einer der bekanntesten deutschen Arbeiterführer werden sollte – wurde Keil mit den Ideen der organisierten Arbeiterbewegung konfrontiert. Diese Begegnung mit Legien erschloss ihm eine völlig neue Lebenswelt. Schlagartig begann Keil sich nun mit sozialistischer Theorie und Literatur zu befassen. Diese politische Literatur wurde zum Schlüssel für eine ihm bis dahin völlig verborgen gebliebene Welt. Keil erlebte Bücher nun als ein Medium, das ihm Ziele vorzeichnete, die in absehbarer Zeit zu erreichen waren und eine grundlegende Veränderung der sozialen Situation der Arbeiterschaft ermöglichten.

Seine rasche Politisierung beruhte indes auch darauf, dass er einen wichtigen »Mentor« hatte. Der zwei Jahre ältere Paul Umbreit – später als Sozialpolitiker und leitender Redakteur der Gewerkschaftszeitung einer der führenden Gewerkschafter

Deutschlands – wies ihm den Weg in Bildungsfragen und in die Gremien der Partei. Auf den nächsten Stationen seiner Wanderschaft in Hannover, Hamburg, London, Köln, Koblenz, Elberfeld und Mannheim vertieften sich seine Kontakte zur noch jungen Arbeiterbewegung. In Mannheim spannte die lokale Gewerkschaftsorganisation der Holzarbeiter den engagierten, ehrgeizigen jungen Drechsler in zunehmendem Maße für öffentliche Veranstaltungen ein. Trotz einiger Rückschläge angesichts seiner bisweilen allzu rigoros vorgetragenen politischen Forderungen avancierte Keil bald zum anerkannten Gewerkschafts- und Parteiredner.

Was waren die politischen Grundlinien, für die Keil in seinen Reden in den 1890er Jahren eintrat? Keil selbst versuchte in seinen Memoiren später den Eindruck zu erwecken, seinerzeit in Mannheim gemäßigte und besonnene politische Anschauungen vertreten zu haben. Dem war jedoch nicht so. Seine politischen Standpunkte in den Mannheimer Jahren waren vielmehr durch eine ausgeprägte Radikalität gekennzeichnet. Keil provozierte oftmals lange und heftige Kontroversen mit den lokalen Parteigrößen. Er predigte dabei mit Nachdruck die offizielle marxistisch-sozialistische Parteidoktrin, sprach vom Klassenkampf und der prinzipiellen Gegnerschaft zum Staat. Zurückhaltung legte er sich dabei kaum auf. Selbst 1896, als er Mannheim wieder verließ, zählte man ihn noch zu den »Ultradikalen«. ⁶

Keils engagierte Rednertätigkeit blieb nicht ohne Konsequenzen für seine Brotarbeit als Drechsler. Unmittelbar nach den Reichstagswahlen 1893 wurde er infolge seines politischen Wirkens fristlos entlassen. Da es ihm nicht gelang, eine neue Anstellung als Drechsler zu erhalten, bemühte sich Keil fortan hartnäckig um eine besoldete Stelle in der Arbeiterbewegung. Aber erst nach jahrelangen Aushilfstätigkeiten fand seine Suche im Februar 1896 mit der Übernahme einer Redakteursstelle an der »Schwäbischen Tagwacht« – der in Stuttgart ansässigen sozialdemokratischen Parteizeitung für Württemberg – endgültig ein Ende. ⁷ Zugute war Keil dabei gekommen, dass er für den Holzarbeiterverband in Südwestdeutschland bereits mehrfach ausgedehnte Agitationstouren durchgeführt und sich in Stuttgart einen Namen als rhetorisch versierter Redner gemacht hatte. Während seiner Aushilfstätigkeit hatte er im Büro des Holzarbeiterverbands in Stuttgart die beiden prominenten Gewerkschafter Karl Kloß und Theodor Leipart kennen gelernt, die sich der Karriere des nunmehr Mitzwanzigers erfolgreich annahmen.

Zugleich war Keil aber auch als Journalist kein unbeschriebenes Blatt mehr. Bruno Schönlink, Leiter der renommierten »Leipziger Volkszeitung«, hatte ihn 1894 zum ständigen freien Mitarbeiter seiner Zeitung gemacht. Und schließlich fasste Keil auch privat in Stuttgart erfolgreich Fuß. Auf einem Parteifest hatte er im Sommer 1894 Julie Gutekunst, die Tochter des Heselacher Parteikassierers, kennen gelernt, die er im November 1896 dann heiratete. Einen Beleg dafür, dass Politik und Privatleben bei Keil inzwischen auf das engste miteinander verwoben waren, lieferte er mit der Wahl seiner beiden Trauzeugen – Karl Kloß und Theodor Leipart.

Keil nutzte die Stuttgarter »Chance« mit aller Entschlossenheit. Der Redakteursposten an der »Tagwacht« wurde das Fundament seiner politischen Karriere. Durch seine Pressearbeit und eine zunächst entschlossen an den Tag gelegte Radikalität gelang es ihm, sich politisch zu profilieren. Bereits im Jahre 1899 nominierte man ihn als Landtagskandidaten für die beiden Ludwigsburger Wahlkreise (Oberamtsbezirk Ludwigsburg und Stadt Ludwigsburg). Und Keil enttäuschte die in ihn gesetzten Erwartungen nicht. Bei der entscheidenden Stichwahl

am 18. Dezember 1900 wählten ihn die Wähler des Oberamts Ludwigsburg mit deutlicher Mehrheit in den württembergischen Landtag und bestätigten damit das überraschende Stimmresultat des ersten Wahlgangs, in dem Keil ebenfalls schon vor seinem nationalliberalen Konkurrenten gelegen hatte. Gerechnet hatte mit Keils Wahlerfolg in der SPD kaum jemand. Der Kandidatur im Oberamt Ludwigsburg räumte man bestenfalls Außenseiterchancen ein, denn hier hatten bei der letzten Landtagswahl die Liberalen noch das Mandat mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang gewonnen. Mit gerade einmal 30 Jahren, dem Mindestalter für die Übernahme eines parlamentarischen Mandats im württembergischen Landtag, war Keil – zusätzlich zu seinem Amt als Parteiredakteur – auch noch Parlamentarier geworden.⁸

Die nächsten Schritte in Keils politischer Karriere verliefen atemberaubend schnell. Nur zwei Jahre später stieg er zum Chefredakteur der »Schwäbischen Tagwacht« auf. Kurz darauf avancierte er zum regionalen Parteiführer und schließlich, im Jahr 1910, wurde er sogar Reichstagsabgeordneter. Seinen Wahlerfolg im zweiten württembergischen Reichstagswahlkreis, der das Gebiet der Oberämter Ludwigsburg, Cannstatt, Marbach und Waiblingen umfasste, verdankte Keil in erster Linie einem engagiert geführten Wahlkampf. Entgegen aller Erwartungen hatte Keil es verstanden, in zahlreichen Wahlversammlungen die Wähler zu mobilisieren und mit Geschick und neuen propagandistischen Methoden die Hindernisse zu umschiffen, die einem sozialdemokratischen Kandidaten im Kaiserreich in den Weg gelegt wurden.



Wilhelm Keil, »Benjamin des Landtags« (1901).

Mit seinen Ämtern und Funktionen als Insignien der Macht war der ehemalige Drechslergeselle Keil nun die zentrale Persönlichkeit der südwestdeutschen Sozialdemokratie. Politisch vollzog Keil in diesem Zeitraum indes einen drastischen Kurswechsel. Aus dem prinzipientreuen »Ultraradikalen« der 1890er Jahre und dem »linken« Zentristen der frühen 1900er Jahre war zum Ende des Jahrzehnts ein ebenso leidenschaftlicher »Reformist« geworden. Damit zählte Keil nunmehr zu den eher gemäßigten Kräften innerhalb der SPD, die auf dem Weg systemüberwindender Reformen den Sozialismus aufzubauen gedachten.

Was war die Ursache dieses Kurswechsels? Als Landtagsparlamentarier hatte Keil den Eindruck gewonnen, dass der Staat – zumindest derjenige in Württemberg – nicht so klassenkämpferisch und die anderen Parlamentsfraktionen nicht so unsozial und reaktionär waren, wie er es immer angenommen hatte. Insbesondere die liberale württembergische Volkspartei – seit 1895 die stärkste Partei im Landtag – betrieb eine ausgesprochene Reformpolitik, mit der sich die Volksparteiler auch für die gesellschaftlichen und sozialen Anliegen der Sozialdemokratie aufgeschlossen zeigten.⁹ Die Haltung der Volkspartei, zu deren führenden Köpfen seinerzeit die Geschwister Conrad und Friedrich Haußmann sowie Friedrich von Payer zählten, blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Regierungspolitik. So gestattete die württembergische Landesregierung von 1898 an Umzüge der Arbeiter am 1. Mai, an denen selbst Beschäftigte staatlicher Betriebe ohne Repressalien teilnehmen konnten; ein Zugeständnis, an das in Preußen nicht ansatzweise zu denken war. Aber auch der Umstand, dass die württembergische Regierung den Delegierten des SPD-Parteitag 1898 den ansonsten dem königlichen Hof vorbehaltenen Wartesaal 1. Klasse im Stuttgarter Bahnhof als Empfangsraum zur Verfügung stellte und 1907 sogar der Internationale Sozialistentag in Württemberg ohne staatliche Repressalien abgehalten werden konnte, veranlasste ein Umdenken bei Keil. Geprägt von den beträchtlichen Spielräumen und Mitgestaltungsmöglichkeiten in der württembergischen Landespolitik, bezog er in den innerparteilichen Diskussionen immer deutlicher Stellung für einen »gemäßigten« Kurs der Sozialdemokratie. Statt weiterhin auf den sozialistischen Zukunftsstaat zu warten, machte er sich daran, auf dem Weg der Parlamentarisierung und institutionellen Reform Veränderungen im Arbeiterinteresse zu erwirken.

Mit dieser Haltung rief er jedoch massiven Widerspruch in der lokalen Stuttgarter SPD-Parteiorganisation hervor.¹⁰ Obwohl der württembergischen Sozialdemokratie auf dem Weg zur weiteren Parlamentarisierung und Demokratisierung einige Erfolge gelungen waren, trat in Stuttgart eine starke innerparteiliche Gruppe hervor, die unvermindert auf den Klassenkampf und den Massenstreik setzte. Angesichts der Schwerpunkte, die Keil als leitender Redakteur der »Schwäbischen Tagwacht« setzte, entzündeten sich an seiner Person und an seiner Politik erhebliche Konflikte, die sich schließlich zu einem ständig schwelenden Dissens in der württembergischen SPD ausweiteten. Jahrelang durchzog die württembergische SPD ein tiefer Riss und gab es erbitterte Auseinandersetzungen. Während Keil in der »Schwäbischen Tagwacht« anlässlich des 25-jährigen Thronjubiläums des württembergischen Königs schrieb: »Nehmen wir es alles in allem, so will uns scheinen, dass unter den gegebenen Verhältnissen gar nichts geändert würde, wenn morgen in Württemberg an die Stelle der Monarchie die Republik treten würde«¹¹, organisierten die »radikalen«

Stuttgarter Kontrahenten eine Veranstaltungsreihe zum Thema »Die Abschaffung des Eigentums, des Staates und der Religion«¹².

Angesichts derart kontroverser Gegensätze wurde auf den Parteitag der württembergischen Sozialdemokratie immer wieder über den künftigen Kurs der Partei und ihres publizistischen Organs auf das heftigste debattiert. Dabei avancierte Clara Zetkin zu den hartnäckigsten Kritikern. Dies war durchaus bemerkenswert, denn zu den Zeiten, als Keil innerparteilich noch radikalere Töne angeschlagen hatte, war er beim Sonntagsnachmittagskaffee in Sillenbuch ein gern gesehener Gast gewesen. Ohne Zweifel vermischten sich aber nun, zum Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts, in Württemberg immer stärker »programmatische, persönliche und landsmannschaftliche Gegensätze zu einem explosiven Gemisch«¹³.

Die Auseinandersetzungen gingen so weit, dass Keil beschloss – auch weil ihn seiner Ansicht nach der württembergische Landesvorstand nicht ausreichend gegen die »Radikalen« unterstützte und er seiner Frontstellung in den Auseinandersetzungen überdrüssig war –, die Redaktionsleitung der »Tagwacht« niederzulegen, sich aus Stuttgart zurückzuziehen und seinen Wohnsitz in seinen Wahlkreis nach Ludwigsburg zu verlegen. Als sich die württembergischen Parteistreitigkeiten auf ihrem Höhepunkt befanden, erwarb Keil, der bis dahin mit seiner Familie in einfachen Stuttgarter Mietshäusern gewohnt hatte, aus der Erbschaft seines Vaters ein an die »Marienwahl« angrenzendes Grundstück, auf dem er sein Eigenheim baute. Mit seiner Übersiedelung am 12. April 1912 wurde Ludwigsburg zu seiner neuen Heimat. Seinen innerparteilichen Kampf führte Keil nun von hier aus weiter.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 brachte den Höhepunkt und das Ende der Streitereien im – wie es Karl Kautsky einmal nannte – »württembergischen Hexenkessel«¹⁴. Während Keil in der sozialdemokratischen Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Strategie des »Burgfriedens« die richtige Politik ausmachte, setzten die Stuttgarter »Radikalen« unvermindert auf die Gegnerschaft zum Staat. Diese Haltung veranlasste Keil, die Ausschaltung des »radikalen« Parteiflügels in Stuttgart durch das Herausdrängen der »Linken« aus der Partei nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern sogar entscheidend zu forcieren. Er verschärfte die Auseinandersetzungen, provozierte eine Vertiefung der Gegensätze, bis es schließlich zur organisatorischen Spaltung der Partei kam. Keil trug damit maßgeblich dazu bei, dass die sozialdemokratische Parteispaltung auf württembergischer Regionalebene bereits im Sommer 1915 besiegt war.

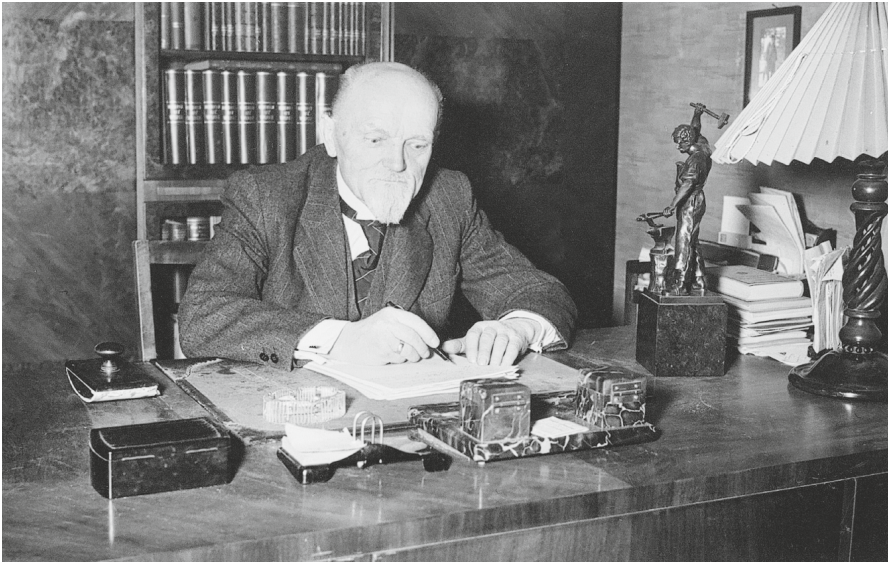
Die Verteidigung der Weimarer Republik

Als das alte Herrschaftssystem im November 1918 zusammenbrach, setzte sich Keil maßgeblich dafür ein, dass es zu keinem revolutionären Bruch, sondern vielmehr zu einer friedlichen »Transformation« des politischen Systems kam. Am 9. November 1918 wirkte er als Hauptredner auf eine fast hunderttausendköpfige Menge vor dem Stuttgarter Schloss beruhigend ein und versuchte, jedwedes revolutionäre Chaos zu vermeiden. Im Hintergrund die Fäden ziehend, sorgte er dafür, dass in Württemberg bereits am 11. November 1918 eine Koalitionsregierung gebildet wurde, die von den Nationalliberalen bis zur USPD reichte. Und auch in den Wochen bis zur Wahl der Verfassungsgebenden Repräsentativversammlungen setzte er sich für einen betont »gemäßigten« Übergang zum parlamentarischen System ein.

Keil trat in den Revolutionsmonaten weder auf württembergischer Landes- noch auf Reichsebene selbst ein Amt an – und das, obwohl man ihn sogar für den Rat der Volksbeauftragten vorgeschlagen hatte. Friedrich Ebert hatte noch am 29. Dezember 1918 telegraphiert: »Bist Du eventuell bereit, sofort in die Regierung einzutreten?«¹⁵ Keil lehnte ab. Er betrachtete es unvermindert als seine Aufgabe, die Politik der SPD durch seine Zeitungsartikel und Versammlungsbeiträge abzusichern. Das einzige Amt, das er nach langem Zögern dann doch noch übernahm, war das des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses und des württembergischen Landtagspräsidenten – Funktionen, mit denen er wesentlich auf die Ausarbeitung der württembergischen Landesverfassung einwirkte.

Die mit der Weimarer Republik vollzogene Konstituierung des demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaates bedeutete für Wilhelm Keil das Erreichen seines wichtigsten politischen Zieles. Weimar-Deutschland verkörperte für ihn das staatliche Gebilde, mit dem er sich in hohem Maße identifizierte. Mit Nachdruck setzte er sich in den folgenden Jahren für die Verteidigung bzw. den Ausbau der politischen und sozialen Errungenschaften der Republik ein. Auf dem Gipfel seiner Schaffenskraft – mittlerweile bereits im fünften Lebensjahrzehnt stehend – legte er dabei als politischer Publizist, sozialdemokratischer Politiker und vor allem als Landtags- und Reichstagsabgeordneter ein beeindruckendes Engagement an den Tag. Ohne sein regionales Wirkungsfeld in Württemberg zu vernachlässigen, gehörte Keil im gesamten Zeitraum der Republik – mit Ausnahme der letzten Wochen – ununterbrochen dem Reichstag an. Hatte er im Kaiserreich seinen Arbeitsschwerpunkt noch auf Württemberg gelegt, so konzentrierte er sich in der Republik verstärkt auf die Reichspolitik. Daneben bestimmte Wilhelm Keil aber auch in der Weimarer Republik maßgeblich die politische Linie »seiner« Zeitung. Unzählige richtungweisende Aufsätze und Kommentare der »Schwäbischen Tagwacht« entstammten seiner Feder, versprach er sich doch von der Pressearbeit die Möglichkeit, viel unmittelbarer auf die Parteigänger einzuwirken, als es Parteitage oder Parteiprogramme vermochten. In der Tagespresse konnte er sowohl seine grundsätzlichen politischen Überzeugungen als auch seine konkreten Standpunkte in Sachfragen anbringen.

Als Weimarer Reichstagsparlamentarier gelang Keil – in Fortsetzung seiner regen Aktivitäten in den letzten Jahren des Kaiserreichs – binnen kürzester Zeit die Profilierung als sozialdemokratischer Finanzexperte. Von einer regionalen Parteigröße entwickelte er sich somit zu einem – vor allem in Steuerfragen – tonangebenden Parlamentarier des Reichstags. Geprägt war Keils Mitwirkung in der Steuerpolitik durch zwei Hauptzielrichtungen: Zum einen setzte er sich nachhaltig dafür ein, dass die heterogenen Steuersysteme der ehemaligen Einzelstaaten, die noch Spiegelbild der föderativen Struktur des Kaiserreichs waren, harmonisiert wurden und es ein einheitliches Steuersystem im Reich gab, bei dem geographisch bedingte Steuerbegünstigungen ausgeschaltet wurden; zum anderen zielte Keil auf die Überwindung sozialer Ungleichheiten. Hierbei betrachtete er Steuern als zentrales Werkzeug, denn er maß Steuern auf Besitz und Vermögen – wie etwa Einkommens- oder Erbschaftssteuern – besondere Bedeutung zu. Zugleich trat er durchgängig für eine stärkere Belastung nach der Leistungsfähigkeit ein, indem er den Gedanken der progressiven Besteuerung in den Vordergrund rückte. Mit der Parole: wir sind »nicht Sozialdiktatoren, sondern Sozialdemokraten«¹⁶, stellte er sich gegen einen grundsätzlichen Wandel der Wirtschaftsordnung. Befürwortet wurde von ihm stattdessen das Bestreben, die »Gesetzgebung und Verwaltung mit sozialistischem Geist«¹⁷ zu erfüllen. In den



Wilhelm Keil an seinem 65. Geburtstag (1935).

Mitteljahren der Republik trat Keil vor allem für die Aufwertung ein, also die Diskussion darüber, wie die durch die Inflation entwerteten Vermögen – insbesondere der kleinen Unternehmer und Handwerker, der Händler, Beamten und Angestellten in Form von Bankguthaben – kompensiert werden sollten. Keil maß der Aufwertung eine beträchtliche Bedeutung bei, sah er die SPD in der Aufwertungsfrage doch nicht allein als Vertreterin der Industriearbeiter, sondern auch als Repräsentantin des Mittelstands, den er stets enger an die SPD binden wollte.

Keils rastloser Einsatz im Parlament wurde jedoch innerparteilich immer seltener honoriert. Während es ihm in den ersten Jahren der Republik noch gelungen war, die SPD, insbesondere in finanz- und steuerpolitischen Fragen, auf seinen Standpunkt festzulegen, geriet er mit seinen später verfolgten Zielen – wie etwa einer tiefer greifenden sozialdemokratischen Wehrpolitik – zunehmend in Widerspruch zu den innerparteilichen Mehrheitsströmungen. Ein schleichender Machtverlust im Lauf der Weimarer Republik ist kaum zu übersehen. Dies war aber nicht zuletzt auf die Konkurrenz im eigenen Parteibezirk zurückzuführen. In Württemberg war es der junge Kurt Schumacher, den Keil selbst 1920 als Redakteur an die Redaktion der »Schwäbischen Tagwacht« geholt hatte, der in den folgenden Jahren zum schärfzünftigsten innerparteilichen Kritiker wurde.¹⁸ Zunächst nur in der Presse, dann aber auch im Parlament und in der Partei forderte Kurt Schumacher seinen Vorgesetzten Keil immer wieder – mit Erfolg – heraus. Obwohl beide mit Blick auf die inhaltlichen Positionen nicht allzu weit auseinander lagen, entwickelte sich hier ein erbittertes Konkurrenzverhältnis, das sich von Monat zu Monat noch verschärfte.¹⁹ Zurückführen lässt sich dieses vor allem auf die unterschiedlichen Strategien über den Kurs der württembergischen SPD. In den Krisenjahren der Republik vertrat Schumacher einen immer stärker auf die Mobilisierung des eigenen sozialen Milieus und die

Oppositionsrolle gerichteten Kurs, während Keil versuchte, auch Wähler außerhalb der klassischen Arbeiterklientel zu gewinnen. Der Regierungsbeteiligung wies Keil zudem eine besondere Rolle zu. Seiner Ansicht nach konnte man maßgeblichen Einfluss auf das Geschick der Republik nur in der Regierung ausüben.²⁰

Wie der unmittelbare Vergleich mit Kurt Schumacher zeigt, konnte Keil sich mit seinen Positionen immer weniger durchsetzen. Am Ende der Republik war er in seinem eigenen württembergischen Landesbezirk fast völlig isoliert. Deutlichster Ausdruck dieser Machtverschiebung waren die Novemberwahlen 1932. Wilhelm Keil, den man bei insgesamt neun Wahlen seit 1910 regelmäßig – und fast selbstverständlich – zum Spitzenkandidaten der württembergischen SPD gekürt hatte, wurde nicht mehr aufgestellt.

Keil selbst war darüber, dass ihm eine erneute Nominierung versagt blieb, ebenso verärgert wie enttäuscht. Auch wenn er in diesen letzten Tagen der Weimarer Demokratie zutiefst abgekämpft wirkte und man ihm nun deutlich anmerkte, dass er im 63. Lebensjahr stand, wehrte er sich gegen die Abschiebung auf das politische Altenteil. Innerparteilich fiel angesichts der turbulenten Ereignisse in Berlin und der kurz darauf folgenden Machtergreifung der Nationalsozialisten sein Abtritt von der politischen Bühne jedoch nicht mehr ins Gewicht.

Die Ohnmacht gegenüber dem Nationalsozialismus

Die Monate zwischen der nationalsozialistischen »Machtergreifung« und dem Verbot der SPD bilden in der gesamten politischen Karriere Keils den mit Abstand umstrittensten Zeitabschnitt. Hatte er bis zum 30. Januar 1933 alles daran gesetzt, eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung um jeden Preis zu verhindern, so agierte er nun nur noch zögerlich. Seiner bisherigen politischen Taktik und Grundüberzeugung entsprechend, setzte er auch jetzt nicht in erster Linie auf symbolische Demonstrationen, sondern auf den Versuch, durch konstruktive Mitwirkung weiter Einfluss zu wahren. Alternativen zum Parlamentarismus und zur strikten Verfolgung eines Legalitätskurses gab es für ihn nicht.

Diese resignative Grundhaltung Keils schlug sich auch in seinem politischen Verhalten nieder. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die das Ermächtigungsgesetz ablehnte, beteiligten sich die württembergischen Sozialdemokraten – maßgeblich beeinflusst von Keil – überhaupt nicht an der Abstimmung über das württembergische Ermächtigungsgesetz. Nach der Geschäftsordnung des Landtags galt ein solches Abstimmungsverhalten zwar als Ablehnung, die Nichtbeteiligung wurde jedoch als Ausdruck mangelnden Protests heftig gerügt, zumal Keil für die SPD in einer Stellungnahme erklärt hatte, dass »auch die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion des neuen Landtags ihre Bereitschaft zur sachlichen Mitarbeit der Überwindung der Nöte des Staates und des Volkes« aussprechen.²¹ Da die nationalsozialistische Diktatur aber kein wilhelminischer Obrigkeitsstaat war, konnte Keils verzweifeltes Hoffen auf verbliebene Handlungsspielräume nur zum Scheitern verurteilt sein.

Aber auch wenn die Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Keils Biographie sicherlich kein Ruhmesblatt darstellen, hat er weder kapituliert noch sich kompromittiert, wie es häufiger in der Historiographie dargestellt wird.²² Auch an persönlicher Courage ließ er es nicht mangeln, da er sich sowohl für verhaftete Sozialdemokraten einsetzte als auch noch als Gegenkandidat der National-

sozialisten bei der Wahl zum württembergischen Staatspräsidenten im März 1933 antrat.

Nach dem Verbot der SPD und der Ausschaltung der freien Presse zog sich Keil im Juli 1933 vollends in das Privatleben und nach Ludwigsburg zurück, um dort – nicht zuletzt zu seinem eigenen Erstaunen – völlig unbehelligt den Aufstieg und Fall des nationalsozialistischen Regimes zu erleben und in der inneren Emigration zu »überwintern«. Der Beteiligung am Widerstand verweigerte er sich ebenso wie Konzessionen an die nationalsozialistische Doktrin. Stattdessen traf er sich mit alten Freunden, schrieb zahlreiche Briefe und verfasste ungestört seine Memoiren. Verfolgt oder verhaftet wurde Keil nie. Sein Freund Willy Hellpach beschreibt dieses Verhalten als »ruhiges Dableiben, sich nicht demütigen, aber auch keine sinnlosen Opfer herausfordern«. ²³ In einem Zeitabschnitt aber, in dem fast alle Arbeiterführer mit Verfolgungen und Verhaftungen konfrontiert waren und ein Kurt Schumacher unter Inkaufnahme einer fast zehnjährigen Haft im Konzentrationslager jedwede Zugeständnisse verweigerte und schlimmste Torturen erlitt, stellte eine derartige Verschonung, wie sie Keil zuteil wurde, fast schon einen Makel dar. Wilhelm Keil sollte dies nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als es darum ging, den politischen und demokratischen Neuanfang einzuleiten, mehr als einmal erfahren.

Das politische »Comeback«

Als das »Dritte Reich« 1945 unterging, stand Keil in seinem 75. Lebensjahr – ein Alter, in welchem Politiker sich gemeinhin nur noch auf ihr Pensionärsdasein beschränken, kaum aber mehr in das politische Alltagsgeschäft stürzen. Nicht so Wilhelm Keil. Er setzte nach zwölf Jahren erzwungener »Muße« zu einer zweiten politischen Karriere an. Auf vier verschiedenen politischen Ebenen beteiligte er sich mit schier unglaublicher Agilität am Aufbau demokratischer Institutionen. Zunächst lokal in Ludwigsburg, wo er an zentraler Stelle den Aufbau des Gemeinderates und der Verwaltung organisierte, dann regional in Württemberg-Baden, wo er als Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung und Vorsitzender des Verfassungsausschusses am Neubau südwestdeutscher Regionalstrukturen mitwirkte. ²⁴ Schließlich übte er auch überregional im Länderrat der amerikanischen Besatzungszone und sogar auf europäischer Ebene, im Rahmen der Europäischen Parlamentarier-Union, Einfluss auf die Strukturen des sich neu entwickelnden politischen Systems aus.

In Ludwigsburg suchte Keil unmittelbar nach dem Einmarsch der Franzosen das örtliche Rathaus auf, worauf ihm der französische Kommandant gleich das Amt des Oberbürgermeisters antrug. ²⁵ Mit Hinweis auf sein Alter lehnte Keil dieses Angebot jedoch kategorisch ab. Stattdessen gründete er am 30. April 1945 einen Kontrollausschuss, der gemeinhin als das »Antinazi-Komitee Ludwigsburg« bezeichnet wurde. ²⁶ In den folgenden Wochen vergrößerte sich der Aufgabenbereich des Gremiums beständig. Von der Sicherung der Lebensmittelversorgung über die Ankurbelung des Wirtschaftslebens bis hin zur Wiederherstellung der Verkehrsmöglichkeiten reichte der Zuständigkeitsbereich. Um das anhaltend steigende Aufgabenspektrum zu bewerkstelligen, war das inzwischen auf 24 Mitglieder angewachsene, ausschließlich ehrenamtlich arbeitende Antinazi-Komitee von Keil in seiner Struktur und Arbeitsweise wie ein Gemeinderat organisiert worden. Keil, den man gelegentlich auch als »Fürsten von der Imbröderstraße« ²⁷ bezeichnet, leitete selbst die alle zwei



Wilhelm Keil im Jahre 1949.

Wochen tagenden Vollsitzungen des Komitees. Ein kleiner Exekutivausschuss mit Keil an der Spitze traf sich regelmäßig, um mit dem neuen Landrat und dem Oberbürgermeister die dringendsten aktuellen Fragen zu erörtern und die Sitzungen des Gesamtkomitees vorzubereiten. Dieses »Ludwigsburger Modell« funktionierte überaus erfolgreich und wurde von den Amerikanern derart positiv bewertet, dass Keil beauftragt wurde, sich im gesamten Landkreis um die Verwaltung zu kümmern. In den folgenden Wochen bereiste er hierzu über 30 Kreisgemeinden, um dort insbesondere »Vorschläge für die Besetzung der verwaisten Bürgermeister-Ämter« zu machen.

Auch wenn Keils kommunalpolitische Tätigkeit in Ludwigsburg nicht unumstritten war, insbesondere da er die Ansicht vertrat, nicht auf die Mitwirkung nationalsozialistischer »Mitläufer« beim Wiederaufbau verzichten zu können, trug seine Arbeit doch deutliche Früchte, nicht zuletzt daran sichtbar, dass sich das Antinazi-Komitee am 10. September 1945 als »provisorischer Gemeinderat« konstituieren konnte.

In ähnlicher Form wie auf Ludwigsburger Kommunalebene gestaltete sich auch Keils Wirken auf Landesebene. Bemerkenswerter aber als die rein quantitative Auflistung der Ämter und Arbeitsfelder ist die Art und Weise, wie Keil seine Tätigkeiten und insbesondere die Funktion als Landtagspräsident ausübte. Im Gegensatz zu manchem Parlamentarierkollegen nahm er sein Abgeordnetenmandat derart ernst, dass er in seinen knapp sechs Jahren als Landtagspräsident bei keiner einzigen Landtagsitzung fehlte.

Als Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Badens und als Vorsitzender des Verfassungsausschusses war Keil wesentlich an der Ausarbeitung der neuen Landesverfassung beteiligt – eine bemerkenswerte Parallele zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als er die gleichen Ämter und Funktionen innehatte. Im Wesentlichen auf Wilhelm Keil ist es zurückzuführen, dass in Württemberg-Baden die erste Landesverfassung nach dem Zweiten Weltkrieg in Kraft trat und dass mit Carlo Schmid ein prominenter Staatsrechtler am Verfassungswerk beteiligt wurde, der hier erste Fundamente für eine Verfassung legte, die Lehren aus den Strukturdefiziten des Weimarer Verfassungswerkes zog. Darüber hinaus gehörte Keil in den Nachkriegsjahren einer beträchtlichen Zahl von Gremien an, so zum Beispiel der Arbeitsgemeinschaft »Der Bürger im Staat«, dem Vorläufer der heutigen Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, deren Gründungsmitglied und langjähriger stellvertretender Vorsitzender er war. Und schließlich wurde er auch wieder publizistisch tätig, gab einige Monate lang das neu entstandene sozialdemokratische Lizenz-Blatt »Volkswille« heraus, publizierte unzählige Artikel für Zeitungen, schrieb zahlreiche Bücher – und all das im Alter zwischen 75 und 80 Jahren.²⁸

Aufgrund seines vielfach als Kapitulation interpretierten politischen Verhaltens zwischen März und Juli 1933 blieb Keils politisches »Comeback« nach 1945 jedoch nicht ohne Rückschläge. Nicht zuletzt die alten innerparteilichen Gegensätze in der SPD – insbesondere diejenigen zu Kurt Schumacher – spielten hierbei eine tragende Rolle und kamen fast noch deutlicher als in der Weimarer Republik zum Ausdruck. Die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Keil und Schumacher, die bis hin zur Instrumentalisierung der amerikanischen Besatzungsmacht reichte, endete erst zum Ende der 1940er Jahre mit einem Waffenstillstand. Obwohl Keils politische Karriere in dieser Zeitphase mehr als einmal kurz vor dem Scheitern stand, war es ihm

dennoch gelungen, sich letztlich allen Anfeindungen zu widersetzen. Fortan legten Keil und Schumacher größten Wert darauf, dass von ihrer gegenseitigen Geringschätzung nichts mehr an die Öffentlichkeit drang und keine kritischen Aussagen über den jeweils anderen mehr publik gemacht wurden.

Das letzte politische Ziel, für das Wilhelm Keil am Ende seiner aktiven Parlamentarierlaufbahn eintrat, war der Zusammenschluss von Baden und Württemberg, für den er sich schon einmal dreißig Jahre zuvor – zu Beginn der Weimarer Republik – mit mehreren parlamentarischen und innerparteilichen Initiativen eingesetzt hatte. Am 1. Oktober 1946 war es Wilhelm Keil, der als erster die veränderten Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit zum Anlass nahm, eine EntschlieÙung in die Verfassungsgebende Landesversammlung Württemberg-Badens einzubringen, in der ausdrücklich die Vereinigung aller südwestdeutschen Länder gefordert wurde. In der Folge trat Keil in dem sich über Jahre hinziehenden baden-württembergischen Einigungsprozess immer wieder publizistisch für den Südweststaat ein.²⁹

Nachdem das neue Bundesland Baden-Württemberg dann staatsrechtlich gebildet war, zog sich Keil aus dem parlamentarischen Tagesgeschäft zurück. Dem politischen Leben blieb er aber weiter verhaftet. Hatte er durch sein Wirken zwischen 1945 und 1949 beträchtlichen Anteil am institutionellen Neubau der zweiten deutschen Republik, machte er es sich in den 1950er und den frühen 1960er Jahren zur Aufgabe, insbesondere für diejenigen Ideen und Wertvorstellungen zu werben, die seiner Auffassung zufolge die demokratische Konsolidierung der jungen Bundesrepublik erforderten. Mit anderen Worten: Es ging ihm in erster Linie um die politische Kultur und das demokratische Bewusstsein der Bundesbürger – mithin darum, dass »Bonn« erfolgreicher wurde als »Weimar« und keine »Republik ohne Republikaner« blieb.



Wilhelm und Julie Keil (1960).

Ungeachtet seines hohen Alters warb er bis weit in die 1960er Jahre für Demokratie und Parlamentarismus.

Die letzten Lebensjahre verbrachte Keil als politisch Interessierter außerhalb des Politbetriebes, nach wie vor aber hellwach den Ereignissen zugetan. Am 4. April 1968 starb er im Alter von 97 Jahren mit hohen Ehren dekoriert; unter anderem hatte man die untere Hälfte der Imbröderstraße in Ludwigsburg, in der er seit 1912 wohnte, 1952 in »Wilhelm-Keil-Straße« umbenannt .

Ein Parlamentarier »par excellence«

Bilanziert man nach dieser knappen Lebensskizze nun das politische Wirken Wilhelm Keils vor dem Hintergrund des einleitend angeführten Zitats von Willy Brandt, der ihn als »Nestor der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Parlamentarier« würdigte, richtet sich der Fokus insbesondere auf Keils Bedeutung für die Entwicklung von Parlamentarismus und Sozialdemokratie. Als Leitthema für sein politisches Handeln kann die Formel »Aufbau, Vertiefung und Verteidigung der parlamentarischen Demokratie« dienen. Der demokratische Rechtsstaat und das parlamentarische Regierungssystem bildeten spätestens seit der Jahrhundertwende Keils politische Leitbilder, von denen er – ungeachtet aller Systembrüche – mit hartnäckiger Konsequenz nie abrückte. Will man Wilhelm Keil als Politiker gerecht werden, muss sein Handeln immer vor diesem Hintergrund und der Messlatte parlamentarischer Demokratie bewertet werden.

Infolgedessen setzte er sich im Kaiserreich insbesondere für das allgemeine Wahlsystem und die Parlamentarisierung des Regierungssystems ein, zunächst in Württemberg, dann auch auf Reichsebene. Für Keil war ein »Vollparlament« nur eine solche Legislative, die über das Recht verfügt, die Regierung aus politischen Gründen abzurufen. In der Weimarer Republik trat Keil dann dafür ein, die parlamentarische Republik in ihren Grundfesten zu verankern. Ohne von seinem Grundbekenntnis zur Verteidigung der Weimarer Republik abzurücken, differenzierte er in den einzelnen Zeitabschnitten der ersten deutschen Republik zwischen politischen Prioritäten, Taktiken und Gegnern: Als die »Weimarer Koalition« bereits 1920 ihre parlamentarische Mehrheit verlor, richtete sich Keils Politik in erster Linie gegen die Deutschnationalen, die ihm nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch und den politischen Morden an Erzberger und Rathenau als größte Gefahr für die Demokratie erschienen. In den Mitteljahren der Republik, der Phase der »relativen Stabilisierung«, ging es Keil um die Wahrung der parlamentarischen Spielregeln, der Logik parlamentarischer Regierungssysteme entsprechend. Infolgedessen wandte er sich vehement gegen die temporäre Unterstützung der bürgerlichen Kabinette durch die SPD. Keils Devise lautete, entweder konsequente Regierungs- oder aber rigorose Oppositionspolitik zu betreiben. Als dann jedoch, nach dem Erstarken der antirepublikanischen »Linken« und »Rechten« bei den Septemberwahlen 1930, das politische System erschüttert war, beharrte Keil nicht mehr auf der Einhaltung parlamentarischer Spielregeln. Stattdessen befürwortete er mit der Tolerierung Heinrich Brüning's einen Kurs, der um jeden Preis eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung verhindern sollte, selbst wenn dafür zeitweilig ein autoritäres Regime hingenommen werden musste. Als der Parlamentarismus dann vom Nationalsozialismus in seinen Grundfesten erschüttert wurde, hatte auch Keil keine Alternativen mehr parat; seine Abwehr-

versuche nach dem 30. Januar 1933 waren kaum mehr als ein schwaches Alibi. Mit der »zweiten Chance« von 1945 engagierte sich Keil dann noch einmal mit aller politischen Leidenschaft für den Parlamentarismus. Zunächst, indem er auf einen Neubau der Institutionen setzte und dann, indem er versuchte, die Organe mit demokratischem Leben zu füllen.

Keils fortwährendes Eintreten für den Parlamentarismus stand in engem Bezug zu seinen parteipolitischen Zielsetzungen, seinem zweiten zentralen Aktionsfeld. Da er Staat und Parlamentarismus als Garanten für eine freiheitliche demokratische Grundordnung betrachtete, wies er der SPD die maßgebliche Rolle als staatstragende Partei zu. Dieses Rollenverständnis schlug sich vor allem in seinen Forderungen nach der Ausweitung des Wählerpotentials der Sozialdemokratie und der Überwindung der starren gesellschaftlichen Milieugrenzen nieder. Wollte man in einem parlamentarischen Regierungssystem erfolgreich operieren, benötigte man Mehrheiten.

Um diese Mehrheiten für die SPD zu erobern, setzte sich Keil im Verlauf seiner politischen Karriere immer nachdrücklicher dafür ein, auch soziale Schichten außerhalb des traditionellen sozialdemokratischen Kernmilieus der Facharbeiter zu gewinnen. Keil forderte hierzu ab 1945 explizit die Überwindung jener im Kaiserreich und der Weimarer Republik als so überaus beständig ausgemachten sozialen Milieus, isolierten Subkulturen einschließlich ihrer parallelen Organisationswelten. Entsprechend trat er in seinen Reden immer wieder dafür ein, »dass die frühere Zersplitterung in unserem Volk sich nicht wiederholen darf. Es darf nicht wieder einige Dutzend Parteien geben, es dürfen nicht wieder die unzähligen Gesang-, Musik-, Sport- und sonstigen Vereine entstehen.«³⁰ Keil erkannte zwar die Notwendigkeit parteipolitischer Kontroverse; politische Debatten sollten seiner Ansicht nach jedoch nicht zu weltanschaulichen Fundamentalgegensätzen aufgebauscht und »nicht in den Gesang und in den Sport hineingetragen werden«³¹.

Parallel bemühte Keil sich aber auch, die Kluft zu den bürgerlichen Parteien zu verringern. Nur in strategischen Koalitionen mit anderen demokratischen Parteien sah er die Möglichkeit, sozialdemokratische Ziele auf Dauer durchzusetzen. Nicht übersehen werden darf dabei indes, dass Keil mit seiner Nähe zu den bürgerlichen Parteien bisweilen so weit gehen konnte, dass er die Verbindungslinien zur Sozialdemokratie arg strapazierte. Der Kerngedanke von Keils parteipolitischem Wirken lässt sich mit dem Ziel umschreiben, einerseits die Arbeiterschaft in den Staat zu integrieren und andererseits ein Bündnis von Arbeiterschaft und Bürgertum zu schmieden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus gerechtfertigt, Keil – mit den Worten von Willy Brandt – als einen »Nestor der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Parlamentarier« zu apostrophieren. Ebenso wie Nestor, der sprichwörtlich kluge und reddegewandte Held der Ilias und der Odyssee, hat Keil mehr als ein Lebensalter gesehen. Ob er sich auch gleichermaßen durch Weisheit und Rednergabe auszeichnete, mag von Fall zu Fall und je nach Blickwinkel des Betrachters unterschiedlich bewertet werden. Treffend aber erscheint dieser Vergleich dennoch. Ebenso wie der Nestor der griechischen Mythologie überlebte Keil sämtliche »Rachefeldzüge« seiner Gegner und zeichnete sich nach einer ungestümen Jugend durch klugen Rat und Vermittlung, aber auch eine ungebrochene Tatkraft im Alter aus, was nicht zuletzt sein Wirken nach 1945 beim Aufbau kommunaler Strukturen in Ludwigsburg sowie grundsätzlich beim Neubau der zweiten deutschen Republik beweist.

Anmerkungen

- 1 Vgl. grundlegend zur (kollektiv-)biographischen Parlamentarismusforschung Wilhelm Heinz Schröder (Bearb.): Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Biographisch-Statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986, S. 46.
- 2 Zu Keil vgl. zuletzt ausführlich Jürgen Mittag: Wilhelm Keil (1870-1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2001. Die folgenden Ausführungen fußen im Wesentlichen auf den Ergebnissen dieser Arbeit; auf die dort aufgeführten Quellen- und Literaturangaben sei verwiesen.
- 3 Telegramm anlässlich des Todes von Keil, Kopie im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 1/4 (Nachlass Wilhelm Keil) Bü 1.
- 4 Vgl. Paul Feuchte: Wilhelm Keil, in: Baden-Württembergische Biographien 2, 1999, S. 259-265, besonders S. 262.
- 5 So der CDU-Abgeordnete Josef Harter 1947 im Landtag; vgl. Verhandlungen des 1. Württemberg-Badischen Landtags, Protokollband, 24. Juli 1947, S. 869.
- 6 So der sozialdemokratische Verleger Heinrich Dietz mit Blick auf Keils Haltung im Jahr 1896; Dietz an Kautsky, 6. September 1911. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Nachlass Kautsky, D VIII, Nr. 473.
- 7 Keil beschreibt diese Jahre ausführlich in seinen nach dem Zweiten Weltkrieg erschienenen Memoiren; vgl. Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Stuttgart 1947/48.
- 8 Vgl. grundlegend zu dem engen Wechselverhältnis von Parlamentsmandat und Pressearbeit Waltraud Sperlich: Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867-1918, Düsseldorf 1983.
- 9 Zum Hintergrund, auch unter Bezugnahme auf Keil, Dieter Langewiesche: Liberale Traditionen im deutschen Südwesten, in: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Teil II, Stuttgart 1991, S. 27-42.
- 10 Hierzu immer noch grundlegend für Württemberg Maja Christ-Gmelin: Die württembergische Sozialdemokratie 1890-1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1976.
- 11 Wilhelm Keil: Regierungsjubiläum, in: Schwäbische Tagwacht 5. Oktober 1916 (ungezeichnet).
- 12 So der Titel einer im Oktober 1911 gehaltenen Rede Anton Pannekoeks, die von der Stuttgarter Parteileitung als Broschüre veröffentlicht wurde.
- 13 Manfred Scheck: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1920, Köln 1981, S. 54.
- 14 Karl Kautsky: Aus dem württembergischen Hexenkessel, in: Die Neue Zeit 31, 1912/13, Bd. 1, S. 602-607.
- 15 Eine Kopie des Telegramms im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 1/4 Bü 1.
- 16 So Keil in seinem Referat »Die politische und wirtschaftliche Neugestaltung Deutschlands« auf der außerordentlichen Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie am 21. November 1918; Schwäbische Tagwacht 23. Dezember 1918.
- 17 Ebd.
- 18 Kurt Schumachers Parteikarriere begann, als er auf Empfehlung von Keils Intimus Erich Rossmann nach Stuttgart als Redakteur an die »Schwäbische Tagwacht« kam. 1924 wurde Schumacher in den Landtag gewählt. Im Laufe der Legislaturperiode avancierte er zu einem der führenden Politiker der Landtagsfraktion und der Stuttgarter Parteiorganisation. 1930 wurde Schumacher in den Reichstag gewählt und gab sowohl sein Landtagsmandat als auch seinen Redakteursposten auf.
- 19 Vgl. zu den Stuttgarter Jahren Kurt Schumachers jetzt die quellenreiche Studie von Volker Schober: Der junge Kurt Schumacher 1895-1933, Bonn 2000.
- 20 Vgl. hierzu Thomas Kurz: Feindliche Brüder im deutschen Südwesten. Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg von 1928-1933, Berlin 1996, insbesondere S. 291.
- 21 Hierzu sowie zum Folgenden: Verhandlungen des 5. Württembergischen Landtags, Protokollband, 1. Sitzung, 8. Juni 1933, S. 9.
- 22 Dies am prononciertesten, aber auch mit sachlichen Fehlern bei Lewis J. Edinger: Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln 1967, S. 499.

- 23 Willy Hellpach an Keil, 7. April 1949; Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Wilhelm Keil, Ma. 11.
- 24 Vgl. hierzu ausführlicher Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952, Ulm 1978.
- 25 Vgl. Wilhelm Keil: Dienste und Kämpfe. Vom Geschehen in Ludwigsburg im ersten Jahr der Besetzung 1945/46, maschinenschriftliches Manuskript 1959, S. 8, sowie Reinhold Maier: Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945 bis 1947, Tübingen 1964, S. 203.
- 26 Vgl. hierzu Irmgard Knoll: Wiederbeginn 1945 – nicht Neuanfang, in: 100 Jahre SPD Ludwigsburg 1891-1991, Erdmannshausen 1991, S. 62-109, besonders S. 65 ff.
- 27 Ebd. S. 105 (Anm. 21).
- 28 Neben den bereits erwähnten Memoiren zählten die folgenden Werke zu den Buchpublikationen: Wilhelm Keil (Hrsg.): Deutschland 1848-1948. Beiträge zur historisch-politischen Würdigung der Volkserhebung von 1848/49, Stuttgart 1948; Wilhelm Keil: Das Parlament, Stuttgart 1952; Wilhelm Keil: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, Stuttgart 1954.
- 29 Vgl. hierzu bereits Eberhard Konstanzer: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1969.
- 30 So Keil in einer Rede am 17. September 1945 in Ludwigsburg, die als sein politisches Grundsatzzprogramm verstanden werden kann; zitiert nach der Kopie der gedruckten Rede im Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Wilhelm Keil, Ma. 42, S. 23.
- 31 Ebd.